

Inhaltsverzeichnis

Einleitung des Herausgebers	9
MICHAEL RUCK	
Historische Forschung zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein: Das Institut für Regional- und Zeitgeschichte (IZRG) in Schleswig. Bestandsaufnahme und Perspektiven.....	15
MANFRED HANISCH	
Alltag in der Provinz. Lauenburg im Dritten Reich 1933-1939	27
CHRISTIAN LOPAU	
Die „Geschichte der Ortsgruppe Mölln i. Lbg.“ Eine bislang unbekannte Quelle zu den Anfängen des Nationalsozialismus in Mölln.....	47
HEINZ BOHLMANN	
Politische und Rassistische Verfolgung im Kreis Herzogtum Lauenburg 1933 bis 1945.....	67
MARIO NIEMANN	
Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Haltung der mecklenburgischen Großgrundbesitzer zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus.....	81
NILS KÖHLER	
Der ‚Reichseinsatz‘ in der Heide. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter im Regierungsbezirk Lüneburg 1939-1945	109
STEPHANIE ABKE	
„Wie ich <i>gesprächsweise in Erfahrung gebracht habe</i> “. Überlegungen zu Gerüchten, Anzeigen und Denunziation in einer ländlichen Region in Nordwestdeutschland.....	123
JÖRG HILLMANN	
Die letzte „Reichsregierung“ in Flensburg-Mürwik. Karl Dönitz und das Ende des "Dritten Reiches" im Mai 1945	137
Abbildungsverzeichnis	175
Autorenverzeichnis	177

Einleitung des Herausgebers

Zwei Jahre nach Gründung der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur fand die erste Tagung mit dem Titel „Kolloquium“ statt; es handelte sich um ein Diskussionsforum (17./18. März 1989), bei dem Till Eulenspiegel im Mittelpunkt stand und dessen Ergebnisse noch im selben Jahr als Band I der Reihe „Kolloquium“ veröffentlicht wurden. Auch der II. Band der Reihe, 1990 erschienen, war einem literaturwissenschaftlichen Thema gewidmet: „Märchen in unserer Zeit“. 1989 fand erstmals ein Kolloquium statt, das ein geschichtswissenschaftliches Thema zum Gegenstand hatte: „Ländliche Siedlungs- und Verfassungsgeschichte des Herzogtums Lauenburg“. Die Ergebnisse dieser Tagung, die unter der Leitung von Kurt Jürgensen stattgefunden hatte, wurden 1990 publiziert. Seitdem ist die Reihe „Kolloquium“ ein geschichtswissenschaftliches Periodikum, das bis 1997 von dem Kieler Historiker Kurt Jürgensen (1929-1999) betreut wurde. Dabei stand die Geschichte des (Kreises) Herzogtum(s) Lauenburg zwar immer im Mittelpunkt, doch auch die Bezüge zu den Nachbarterritorien (resp. Kreisen) sollten eine hervorragende Rolle spielen. Diesen Zielen blieb die Reihe auch verpflichtet, als sie in die Verantwortung eines Nachfolgers kam, unter dessen Regie – dank der Unterstützung durch die Stiftung Herzogtum Lauenburg – weitere vier Bände erscheinen konnten.

Dieser Rückblick erfolgt nicht, um irgendein Jubiläum zu begehen, sondern vor allem um darauf hinzuweisen, daß die Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur sich seit vielen Jahren für die Erforschung der Geschichte der Regionen einsetzt und darin auch einen Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit sieht. Die Geschichte Lauenburgs ist nicht nur im Kontext mit jener Schleswig-Holsteins eine besondere; sie verdient auch die Aufmerksamkeit der Historiker, die sich der „Reichsgeschichte“ Deutschlands verschrieben haben. Die zurückliegenden Veröffentlichungen der Reihe „Kolloquium“ haben auf derartige Zusammenhänge mehrfach hingewiesen.

Der hiermit vorgelegte Band XIV wendet sich erstmals einem ausschließlich der Zeitgeschichte gewidmeten Thema zu, nachdem bisher historische Längsschnitte oder klar definierte Phänomene der Vergangenheit üblich waren. Die Geschichte des Nationalsozialismus gehörte und gehört nicht zu den bevorzugten Themen der Regionalgeschichte in Schleswig-Holstein. Erst spät begannen die Bemühungen, sich intensiv mit den Ereignissen der Jahre von 1933 bis 1945 auseinanderzusetzen und dabei auch die Vorgeschichte mit einzubeziehen, die nördlich der Elbe relativ früh und intensiv eingesetzt hatte. Die mit dem Ende des Dritten Reiches verbundenen Nöte waren so gravierend, daß den Zeitgenossen wenig Zeit blieb, sofort mit der Vergangenheit abzurechnen. Später hatten sie vieles verdrängt und sahen manches in einem allzu ungetrübten Licht. Die Abläufe der Entnazifizierung in Schleswig-Holstein gehören nicht zu den Ruhmesblättern der Landesgeschichte; und der Umgang mit ehemals exponierten Anhängern des Nationalsozialismus im Kreis Herzogtum Lauenburg kann

nicht zu den Mustern für eine angemessene „Vergangenheitsbewältigung“ gezählt werden. Erst spät, fünfzig Jahre nach Kriegsende, kam bei der Mehrheit der Kommunalpolitiker des Kreises der Wunsch auf, die Erforschung der Zeitgeschichte, speziell die des Nationalsozialismus im Lauenburgischen durch Förderung zu intensivieren. Es wurde sogar ein Preis ausgesetzt, der aber bisher nicht vergeben werden konnte, weil noch keine preiswürdigen Arbeiten vorgelegt worden sind. Auf diesem Felde sind also noch viele Anstrengungen zu unternehmen.

Selbstverständlich wirft die Konzentration auf einen engbegrenzten Zeitraum auch grundsätzliche Fragen auf. Können bzw. dürfen zwölf Jahre deutscher Geschichte, die Jahre von 1933 bis 1945, als eine Epoche begriffen und dabei so interpretiert werden, daß sie auch die Jahre davor und die Jahrzehnte danach definieren? Die Frage ist nicht neu, aber immer noch nicht beantwortet. Was für die deutsche Geschichte generell gilt, muß zwar einen adäquaten Niederschlag in der Regionalgeschichte finden; möglicherweise sind aber auch Nuancierungen angebracht. Erörterungen dieser Art finden seit langem statt und werden auch künftighin ihren Platz in geschichtswissenschaftlichen Diskussionen einnehmen, nicht zuletzt deshalb, weil künftige Generationen einen Anspruch auf Vorgaben für die Zukunft haben, die auf den Ergebnissen solider Vergangenheitsanalysen beruhen.

1983 wurde in Kiel der „Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS)“ gegründet, der große Anstrengungen unternehmen mußte, um die Unterstützung der Landesregierung zu finden. Erst 1992 erfolgte die Gründung des „Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte“ (IZRG) an der (damaligen) Pädagogischen Hochschule Flensburg. Während der ersten Jahre seines Bestehens hatte das Institut gegen allerlei Unterstellungen zu kämpfen, die aufgrund einer nicht immer nachvollziehbaren Personalpolitik geäußert worden waren; an konzentrierte Forschung war unter diesen Umständen kaum zu denken. Inzwischen haben sich die Wogen geglättet. Vom IZRG sollen und müssen Impulse auch für die Forschung in der Region ausgehen. Deshalb steht am Beginn des Bandes ein Beitrag über das Institut für Regional- und Zeitgeschichte und seine Arbeit. Der Verfasser wurde erst kürzlich nach Schleswig/Flensburg berufen; er kann deshalb weitgehend unbefangen über die Institution, ihre Geschichte, grundsätzliche Aufgaben und ihre Perspektiven berichten. Er tut es offensiv, indem er die Fehler der Vergangenheit mit der Realität der Gegenwart und den Plänen für ein Weiterbestehen so verbindet, daß sich daran eine Perspektive für die Zukunft ergibt. Ob die von Michael Ruck ange deuteten Wege in die künftige Erforschung der Zeitgeschichte auch für den Kreis Herzogtum Lauenburg greifen, muß abgewartet werden.

Manfred Hanisch geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie sich nationalsozialistische Politik auf das alltägliche Leben in der Provinz bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs ausgewirkt hat und wie diese Politik wahrgenommen wurde. Die Antworten sucht er in der „Lauenburgischen Zeitung“, einem zwar „gleichgeschalteten“, aber für die Provinz typischem Blatt. Indem er nicht nur

die veröffentlichten Artikel analysiert, sondern sich zugleich mit der NS-Pressepolitik auseinandersetzt, kommt er zu überraschenden Ergebnissen. Die Frage, „was konnte der einfache Mensch in Ratzeburg über das Dritte Reich erfahren?“, kann er mit „so ziemlich alles“ beantworten. Mit seinem Durchgang durch die Ereignisse der Jahre 1933 bis 1939 bietet der Aufsatz auch ein Stück Kulturgeschichte. Da er der Feder eines begabten Didaktikers entstammt, sei er den Geschichtslehrern besonders ans Herz gelegt.

Daß Mölln die „braune Hauptstadt des Kreises Herzogtum Lauenburg“ war hatten bereits die Forschungen von Hansjörg Zimmermann (1978) ergeben; wie sich dieser „Aufstieg“ zugetragen hat, geht aus einer Chronik der Ortsgruppe Mölln der NSDAP hervor, die Christian Lopau vorstellt. Verfasser war der Möllner Lehrer und Schriftsteller Karl Behrendts, der als „Völkischer“ sehr früh zu der Partei Hitlers gestoßen war und als „alter Kämpfer“ das „Goldene Parteiabzeichen“ trug. Das hinderte weder die Stadt Mölln noch die Stiftung Herzogtum Lauenburg daran, ihn 1961 und 1981 mit hohen Auszeichnungen zu ehren. Die von Behrendts verfaßte Chronik ist eine wichtige Quelle für die Geschichte der NSDAP im Kreis Herzogtum Lauenburg, allerdings nur bis zur Mitte der dreißiger Jahre.

Es gehört zu den liebgewonnenen Klischees, daß der Nationalsozialismus „in der Provinz“ nur als Echo von draußen wahrgenommen worden sei. Daß davon nicht die Rede sein kann, zeigt Heinz Bohlmann mit seiner Skizze über die politische und rassistische Verfolgung von Bürgern des Kreises, mit der die Beiträge zur NS-Geschichte im Lauenburgischen einen Abschluß finden.

Die nachfolgenden Aufsätze sind „Blicke über den Zaun“; sie behandeln Phänomene, die sich zwar auch im Landkreis Herzogtum Lauenburg aufdecken ließen, die aber dort bisher noch keine Bearbeiter gefunden haben. Mario Niemann untersucht das Verhältnis der mecklenburgischen Großgrundbesitzer zum Nationalsozialismus während der dreißiger Jahre und gewährt dabei zugleich Einblicke in die Situation der Geschichtsforschung auf diesem Feld vor und nach 1990. Anhand von ausgewählten Beispielen werden die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Gutsbesitzer dargestellt; ihre Haltung zum NS-Regime war keineswegs einheitlich. „Jeder vierte mecklenburgische Großgrundbesitzer (war) Mitglied der NSDAP geworden“; diese Feststellung bedeutet zugleich, daß es nur eine Minderheit dieser sozialen Schicht war, die aktiv für den Nationalismus eintrat. Daraus kann aber auch nicht gefolgert werden, daß die Mehrheit Gegner des Regimes war. Bevor eindeutiger Aussagen möglich werden, muß noch sehr viel Forschung erfolgen.

Das gilt sicherlich auch für die Auseinandersetzung mit dem Problem des Einsatzes von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Schleswig-Holstein generell und im Lauenburgischen im besonderen. Nils Köhler hat die Zwangsarbeiterproblematik für den Regierungsbezirk Lüneburg untersucht und kann dabei sehr konkrete Ergebnisse vorweisen. Zugleich liefert er eine Art Paradigma für vergleichbare Forschungen in anderen Regionen.

In jedem totalitären Regime haben Denunzianten Konjunktur. Daß dies auch und besonders für die Zeit des Nationalsozialismus galt, wurde von aufmerksamen Historikern früh erkannt. Die Abläufe denunziantischen Handelns und deren Folgen sind allerdings nur ausnahmsweise untersucht worden. Vielleicht mußte gerade ein solches Thema auf die unbefangene Neugier von Historikern warten, die einen deutlichen Abstand zu den Ereignissen haben. Die Ausführungen von Stephanie Abke sind ein Beleg für diese Vermutung. Die Ergebnisse ihrer Analyse stützen sich auf Quellen aus dem Regierungsbezirk Stade. Historische Daten aus anderen Gebieten (z.B. dem Kreis Herzogtum Lauenburg) könnten und sollten genauso behandelt werden. Insofern kommt auch diesem Aufsatz – neben seinem unmittelbaren Informationswert – beispielgebende Bedeutung zu.

Leider hat sich die Hoffnung, daß der Nationalsozialismus mit der Bestattung des Großadmirals Karl Dönitz auf dem Friedhof zu Aumühle am 6. Januar 1981 endgültig zu Grabe getragen worden sei, nicht erfüllt. Umso wichtiger ist es, sich kritisch mit dem Mann auseinanderzusetzen, der in den Jahren der NS-Herrschaft ein glühender Verehrer Hitlers war und nicht zuletzt deshalb von diesem mit der Nachfolge im Amt des Reichspräsidenten beauftragt wurde und somit als letzter Repräsentant des nationalsozialistischen Deutschlands fungierte. Jörg Hillmann ist Historiker und Marineoffizier zugleich; er kennt die Zeichen der Verehrung für den ehemaligen Großadmiral, weiß aber auch, wie fragwürdig die Grundlagen dieser Bewunderung sind. Sein Beitrag bildet das Ende dieses Bandes, weil Karl Dönitz in besonderer Weise für die Geschichte des Nationalsozialismus im Großen – auf Reichsebene – wie auch im Kleinen – in der Region, im Kreis Herzogtum Lauenburg, in Aumühle – steht. Damit bekommen auch die sehr unterschiedlichen Zugangsweisen zum Generalthema des Kolloquiums XIV eine zusammenfassende Klammer.

Der wissenschaftliche Fortschritt lebt vom Disput fachlich kompetenter Vertreter der jeweiligen Disziplin. Vielerlei Meinungen müssen vorgetragen und kontrovers erörtert werden, damit auf mittlere oder längere Sicht Ergebnisse, und zwar solche, die dieses Wort verdienen, erzielt werden können. Das Forum, das durch die Institution „Kolloquium“ der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur geschaffen worden ist, erscheint geeignet, einen wichtigen und gewichtigen Beitrag in diesem Bemühen auf dem Felde der Geschichtswissenschaft zu leiten. An diesem ehrgeizigen Anspruch möchte auch der hiermit vorgelegte Band gemessen werden.

Sein Erscheinen ist in erster Linie dem Engagement der Autoren zu verdanken. Bei der Vorbereitung wirkten mit: Maren Limbacher, M.A., Brigitte Stelter, M.A., Kirsten Neumann, Reinhard Scheiblich und Ulrike Schröder. Christian Lopau hat nicht nur als Autor mitgewirkt, sondern auch dabei geholfen, ein geeignetes Titelbild zu finden. Es versteht sich von selbst, daß jeder Autor für seinen Beitrag wissenschaftlich verantwortlich ist. Nicht so selbstverständlich ist es, den Verfassern auch die Freiheit bei der Wahl der Rechtschreibregeln zu lassen. Der Herausgeber hat sich zu diesem Schritt entschlossen; der Übergang von einer

langvertrauten zu einer neuverordneten Schreibweise braucht eben längere Fristen, als sie bei einem Währungswechsel eingeräumt werden können.

Der Druck des Buches wurde auch in diesem Jahr durch einen finanziellen Zuschuß des Landes Schleswig-Holstein gefördert. Der Herausgeber dankt allen, die dazu beigetragen haben, daß der Band „Kolloquium XIV“ in dieser Form erscheinen konnte.

Historische Forschung zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein: Das Institut für Regional- und Zeitge- schichte (IZRG) in Schleswig

Bestandsaufnahme und Perspektiven

von
MICHAEL RUCK

I. Zum geschichtspolitischen Kontext der Arbeit des IZRG

Aufgefordert, hier einige Gedanken zur Rolle des IZRG bei der Erforschung der regionalen Zeitgeschichte Schleswig-Holsteins darzulegen,¹ darf ich gleichwohl mit einem Quellenzitat aus meiner zeitweiligen Wahlheimat Baden beginnen. Unter der Schlagzeile "Rahmschnitzel mit selbstgemachten Nudeln. Die Soße war etwas braun geraten" brachte die Südbadische Heimatzeitung "Das Volk" ihren Lesern am 16. Oktober 1952 eine ziemlich befremdliche Szene aus der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis: *"Wie wir erfahren, hat am [...] 4. Oktober in einem Ort bei Kehl [am Rhein] eine als 'gemütliches Treffen' aufgezugene Zusammenkunft vorwiegend höherer Beamter aus der Verwaltung Baden-Württembergs stattgefunden, an der insgesamt 18 Personen (mit Damen) teilgenommen haben. Angeblich soll diese Zusammenkunft eine[s] der seit langem beliebten Erinnerungstreffen sein, wo man sich's bei Rahmschnitzel mit selbstgemachten Nudeln und guten elsässischen Weinen wohl sein lassen wollte. Das Merkwürdige dabei ist nur, daß zu dem Treffen bei Kehl ausschließlich Herren eingeladen worden und erschienen sind, die früher der NSDAP angehört haben. [...] Der Prominenteste der Eingeladenen war der frühere nazistische Staatsminister Karl Pflaumer, Karlsruhe. Gewiß hält man in der Verwaltungsbürokratie unter denen, die auf 'andere Zeiten' hoffen, äußere Loyalität für opportun. Man sollte sich dadurch nicht täuschen lassen. Die alten Spuren schrecken."*

Diese – übrigens folgenlose – Notiz aus der südwestdeutschen Provinz verweist auf ein Phänomen, das Historiker und Sozialwissenschaftler seit langem umtreibt: den inneren Zusammenhalt und die Kontinuität der (deutschen) Funkti-

1 Nicht behandelt werden können hier Stand und Perspektiven der Erforschung der NS-Zeit, ihrer Voraussetzungen und Nachwirkungen in Schleswig-Holstein; vgl. dazu die beiden Vorträge von Uwe Danker und Gerhard Paul vom Februar 1995; abgedr. in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (ISHZG), 27 (1995), S. 55-75.

onseliten über politische Regimewechsel hinweg. Mein Heimatland Schleswig-Holstein macht da keine Ausnahme. Kameradschaftstreffen Ehemaliger, die nach dem sogenannten „Zusammenbruch“ von 1945 rasch wieder zu Amt und Ansehen gelangt waren, werden auch im hohen Norden üblich gewesen sein. Vermutlich der markanteste Unterschied der Nachkriegsszenerie: die Verzehr-gewohnheiten dieser Tafelrunden – nicht Rahmschnitzel, Spätzle und Wein, sondern Grünkohl oder Butt mit Kartoffeln, Schnaps und Bier dürften hier den kulinarischen Kitt demokratisch verblendeter NS-Seilschaften abgegeben haben

Seit dem Regierungswechsel vom September 1950 sind die Existenz und der gesellschaftlich-politische Einfluss solcher Netzwerke zwischen Nord- und Ostsee immer wieder aufgedeckt und kritisiert worden. Spektakuläre Fälle sorgten dafür, dass Schleswig-Holstein bisweilen auch in der überregionalen Presse als „Hort der braunen Reaktion“ stigmatisiert wurde.² Während der 1970er und 1980er Jahre kamen engagierte Historiker und zeithistorisch Interessierte verstärkt darauf zurück. An die etablierte Landes- und Heimatgeschichtsschreibung richtete sich der Vorwurf, den nazistischen „Sonderweg Schleswig-Holsteins im 20. Jahrhundert“ vom ‚Kernland‘ der NS-Bewegung“ zum bevorzugten Rekrutierungsfeld herausgehobener NS-Täter im „Altreich“ wie im besetzten „Ostland“ bis zu deren wichtigstem Refugium nach dem Krieg Werbung – mehr oder minder – bewußt beschwiegen oder beschönigt zu haben.³

Gewiß sind die angeführten Tatsachen, Affären und Versäumnisse eklatant. Und doch nimmt ein kurzer Blick über die Landesgrenze gen Süden diesem pejorativen Sonderwegsdiskurs einen Gutteil des spektakulär Exzeptionellen. Schauen wir etwa von der „Nordmark“ Hinrich Lohses in die „Westmark“ seines Gauleiter-Kollegen Josef Bürckel. Dort wurde von jungen, engagierten Regionalhistorikern vor wenigen Jahren ganz ähnliche Kritik geäußert: *„Die Pfälzer haben sich in der Tat sehr lange sehr schwer getan, ihre braune Vergangenheit aufzuarbeiten. Ein Blick auf die zahlreichen Ortschroniken und Dorfgeschichten belegt dies auf beschämende Weise. Fast gewinnt man den Eindruck, als habe die pfälzische Geschichte, wie von Zauberhand gerührt, 1933 einfach aufgehört und sei 1945 ebenso wunderbar einfach weitergelaufen. Erst die seit Anfang der 80er Jahre erschienenen Studien [...] haben dieses Forschungs- und Wissensdefizit ausgeglichen. Dabei zählte die Pfalz spätestens seit 1930 doch zu den sichersten Hochburgen des Nationalsozialismus, in der die NSDAP-*

2 Klaus Bästlein: Eine andere Heimatgeschichte. Schleswig-Holstein im 20. Jahrhundert, in: Eckhard Heesch (Hrsg.): Heilkunst in unheilvoller Zeit. Beiträge zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus. Frankfurt 1993, S. 138-166, hier S. 151; vgl. auch, S. 139, 163.

3 Ebd., S. 139, 142/140, 145 f., 150; vgl. zusammenfassend ebd., S. 164. Vgl. schon ders., Schleswig-Holstein: Ein deutsch-nationales Naturschutzgebiet für NS-Verbrecher? Zur politischen Natur [sic!] im nördlichsten Bundesland nach 1945, in: Urs J. Diederichs, Hans-Hermann Wiebe (Hrsg.): Schleswig-Holstein unterm Hakenkreuz, hrsg. i.A. der Evangelischen Akademie Nordelbien. Bad Segeberg, Hamburg o.J. [1985], S. 209-264.

Alltag in der Provinz

Lauenburg im Dritten Reich 1933-1939

von
MANFRED HANISCH

Wie erfuhr ein einfacher Mensch irgendwo in der Provinz in Deutschland das Dritte Reich? Wie wirkte es sich aus in seinem Alltagsleben? Und wie stand es mit dem Unrechtscharakter des Dritten Reiches? War er überhaupt erfahrbar, draußen in der Provinz? Wir kennen ja zu genüge die Rede: Wir haben wirklich nichts gewußt. Konnte man wirklich nichts wissen?

Spannende Fragen für jeden, der sich nicht nur für Haupt- und Staatsaktionen interessiert, sondern auch dafür, wie sie sich auswirkten, ganz unten, fernab von Zentren des Lebens. Das Beispiel Lauenburg ist ganz zufällig gewählt. Es könnte jede beliebige Provinzregion sein. Denn die Verhältnisse waren überall ähnlich.

Sicherlich spannende Fragen, aber vor ihrer Beantwortung steht das Problem: Wie komme ich denn an den Alltag heran? Wie erfahre ich etwas über die alltägliche Lebenssituation im Dritten Reich, z. B. in Lauenburg – etwas, was einigermaßen dem Anspruch genügt, repräsentativ und verallgemeinerbar zu sein, und was mehr ist als nur zufällige Funde, welche der immer fleißig suchende Historiker aufgespürt hat in recht subjektiven Briefen, interessegeleiteten Erinnerungen und dergleichen mehr? Alltagsgeschichte zu erforschen ist schwierig, und das gilt für viele Zeiten, und erst recht für das so heikle Dritte Reich.

Also stellt sich die Frage nach den Quellen. Für diesen Beitrag wurde hauptsächlich die „Lauenburgische Zeitung“ ausgewertet. Was ist das für ein Blatt? Und warum ist es so geeignet, Alltag in Lauenburg sichtbar zu machen?

Die „Lauenburgische Zeitung“ ist ein altes Blatt. Es wurde schon 1818 gegründet, erschien seit 1915 täglich und entgegen dem Titel, der eine Verbreitung über den gesamten Kreis Lauenburg vermuten läßt, ist es regional sehr begrenzt. Es ist im wesentlichen nur das lokale Blättchen des kleinen Städtchens Ratzeburg, und es ist das einzige Ratzeburger Blättchen. Provinzieller geht es nun wirklich nicht mehr. Und gerade dies ist von unschätzbarem Wert für die Frage nach dem Alltag im Dritten Reich in der Provinz, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Denn einmal wurde hier alles, was in Ratzeburg geschah, sehr ausführlich wiedergegeben, viel detaillierter als beispielsweise schon in der „Allgemeinen Lauenburger Landeszeitung“, deren Einzugsgebiet das gesamte südliche Kreisgebiet gewesen ist und die für diese Untersuchung auch gelegentlich herangezogen wurde. Die „Allgemeine Lauenburger Landeszeitung“ war geringfügig weniger lokal verhaftet, und die Berichte über einzelne Vorgänge in der Region sind verständlicherweise schon knapper. Zum anderen bietet die Auswahl eines

Presseerzeugnisses, wie es das Ratzeburger Blättchen war, noch einen ganz anderen Vorteil. Was hier steht, das ist das, was der einfache Mensch, der nichts anderes kannte, als den Kirchturm seines Ortes, ohne Mühe erfahren konnte über die große, weite Welt draußen, aber auch über das System des Dritten Reiches, und ebenso konnte er sich über die Verhältnisse in seinem Städtchen informieren. Und so erfahren wir, was der einfache Mensch alles wissen und erfahren konnte, wenn er nur die „Lauenburgische Zeitung“ las.

Freilich ist da ein Einwand, aber nur ein scheinbarer: Die Presse war im Dritten Reich wirklich nicht frei. Das gilt für alle Blätter in Deutschland, auch für die so konservative „Lauenburgische Zeitung“. Bruno Raute, der bis 1935 der Eigentümer war und dann die Zeitung seinem Schwiegersohn übergeben hatte, war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und ihres Kampfbundes, des Stahlhelms. 1928 bis 1933 war er stellvertretender Bürgermeister. Bei der Stadtverordnetenwahl am 12. März 1933 war er der Spitzenkandidat einer nationalen Einheitsliste. Indes: Das alles sicherte dem Blatt die Unabhängigkeit nicht. Für Hitler war Pressefreiheit *„Unfug strafloser Volksbelügung und Volksvergiftung.“*¹ Die Presse wurde schon 1933 sehr schnell überwacht und von Goebbels zentral gelenkt. Jede noch so geringfügige Abweichung von den offiziellen nationalsozialistischen Presseleitlinien wurde mit einem Zeitungsverbot geahndet.² Die privatwirtschaftlich betriebenen Zeitungen blieben zwar weiter bestehen. Auf den ersten Augenblick hat sich also nicht viel geändert. Aber unter dem vorhandenen Druck paßten sich alle Zeitungen an, wenn sie weiterbestehen wollten. Und so verwundert es einen nicht, wenn der Kreisleiter der NSDAP gegenüber den Pressevertretern Lauenburgs sich Oktober 1933 so äußerte, *„daß die Zeitungen des Kreises dem nationalsozialistischen Staat und seinen Führern treue Gefolgschaft leisten“* und der Bürgermeister Ratzeburgs speziell zur *„Lauenburgischen Zeitung“* 1935 die Stellungnahme abgab, als die Polizei das Blatt observierte und er gefragt wurde: *„Meiner Meinung nach besitzt Herr Raute die für die Ausübung seiner Tätigkeit erforderliche politische und moralische Zuverlässigkeit. Es kann verantwortet und befürwortet werden, daß die verlegerische Tätigkeit des Verlages im Rahmen des Neuaufbaus der Deutschen Presse im nationalsozialistischen Staat auch weiterhin ausgeübt wird.“*³

Damit haben wir in der *„Lauenburgischen Zeitung“* ein typisch gleichgeschaltetes Provinzblatt, dessen Inhalte gewissermaßen repräsentativ sind für alle Pres-

1 Zur Pressefreiheit und der Aufgabe der Propaganda bei Hitler siehe: Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1933, S. 193 ff. Zitat ebd., S. 200.

2 Zur Pressepolitik im Dritten Reich gibt es eine Fülle von Veröffentlichungen. Siehe z. B.: Norbert Frei, Johannes Schmitz: Journalismus im Dritten Reich. München 1989. - Norbert Frei: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Studien zur Zeitgeschichte. Stuttgart 1980. - Kurt Kosyk: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, in: Fritz Eberhard (Hg.): Abhandlungen und Materialien zur Publizistik. Band 7, Berlin 1972.

3 Zu den Lauenburger Zeitungen siehe: William Boehart: Zur Geschichte des Zeitungswesens im südlichen Kreisgebiet, in: Lauenburgische Heimat, Bd. 149 (1998), S. 28-43. Zitate daraus entnommen, S. 15 und 17.

Die „Geschichte der Ortsgruppe Mölln i. Lbg.“

Eine bislang unbekannte Quelle zu den Anfängen des Nationalsozialismus in Mölln

von
CHRISTIAN LOPAU

Bisherige Forschungsergebnisse zur Entwicklung des Nationalsozialismus im Kreis Herzogtum Lauenburg

„Mölln war die braune Hauptstadt des Kreises Herzogtum Lauenburg“. Mit diesem Fazit schließt Hansjörg Zimmermann einen Aufsatz zur Geschichte der NSDAP in Mölln.¹ Schon bei ihrem ersten Auftreten im Kreis bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 erreichte die NSDAP bzw. der Deutsch-Völkisch-Soziale Block in Mölln erstaunliche 24,6% der Wählerstimmen: *„Damit ragt dieses Ergebnis nicht nur auf Kreisebene heraus. Unter den schleswig-holsteinischen Kleinstädten nahm Mölln den zweiten Platz ein, nur übertroffen von Kappeln mit 27,5% und dicht gefolgt von Hohenweststedt mit 24,4%“.*² (Abb. 1, S. 181)

Diese herausgehobene Stellung Möllns, was die Wahlergebnisse der Nationalsozialisten im Kreis Herzogtum Lauenburg angeht, setzte sich bei den folgenden Wahlen in der Zeit der Weimarer Republik fort. Früher als in den anderen Orten des Kreises wurde in Mölln eine Parteiorganisation aufgebaut, die auch in das nähere und weitere Umland wirkte. Später wurde Mölln Sitz der Kreisleitung der NSDAP. Die besonderen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, die diese Entwicklung begünstigt haben, hat Hansjörg Zimmermann in seinem Aufsatz dargestellt, soweit es die zur Verfügung stehenden Quellen zuließen. Schon in seiner Arbeit über *„Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933“* hat Zimmermann die Wahlergebnisse des Kreises aus der Zeit der Weimarer Republik analysiert und dabei den Wandel des Kreises von einer Hochburg der Sozialdemokratie während des Kaiserreiches zu einer solchen des Nationalsozialismus in den zwanziger und dreißiger Jahren nachgezeichnet.³ Diese grundlegende Untersuchung liefert wesentliche Daten und Interpretationen zum Aufstieg der NSDAP im Kreis Herzogtum Lauenburg.

Während bei den ersten demokratischen Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 auf SPD und DDP zusammen rund drei

1 Hansjörg Zimmermann: Zur Geschichte der NSDAP in Mölln, in: Lauenburgische Heimat, N.F., Heft 124 (1989), S. 76-94, hier: S. 94.

2 Ebd., S. 76.

3 Ders.: Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933. Neumünster 1978 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 72).

Viertel der Wählerstimmen entfielen, begann die Wählerbewegung nach rechts bereits mit der Kommunalwahl des Jahres 1919. Diese Tendenz setzte sich bei den Reichstagswahlen 1921 fort und wurde bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 besonders deutlich: *„Im Mai 1924 hatte die lauenburgische Bevölkerung ihre konservative Wende vollzogen [...] Vor allem die kleinstädtische, protestantische, mittelständische Bevölkerung sorgte für eine grundlegend veränderte politische Richtung: Sie gaben ihre Stimmen in einem erheblichen Umfang der rechtsradikalen Gruppierung, die als Deutsch-Völkischer Block in Lauenburg auftrat.“*⁴

Zimmermann zeigt in seiner Studie, dass es den Nationalsozialisten zunächst in den Städten gelang, eine Wählerbasis aufzubauen, während sie, insgesamt gesehen, in den Landgebieten erst relativ spät Fuß fassen konnten.

Die Handwerker und Gewerbetreibenden der lauenburgischen Kleinstädte erwiesen sich als besonders anfällig für die Propaganda der Nationalsozialisten. So lag 1924 der städtische Stimmenanteil der Rechtsradikalen um rund 40% über dem Kreisdurchschnitt.

Diese Bevölkerungsgruppe hatte unter den Folgen des verlorenen Krieges besonders zu leiden und sah sich in ihrer Existenz bedroht. Durch die Inflation und die für nichtig erklärten Kriegsanleihen hatten die Handwerker und Gewerbetreibenden erhebliches Kapital verloren. Zusätzlich waren sie von Auftragsrückgängen betroffen, während die Nahrungsmittelpreise in den Städten hoch waren. Als verantwortlich für die eigene Notlage wurde offenbar die junge Republik mit den sie tragenden politischen Kräften gesehen.

Zwischen 1924 und 1928 kam es zwar zu einer gewissen Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, seit dem Winter 1929/30 stieg aber die Arbeitslosigkeit auch im Kreis Herzogtum Lauenburg wieder stetig an.

Bei der Kommunalwahl des Jahres 1929 konnten die Nationalsozialisten in den Städten an die guten Ergebnisse des Jahres 1924 anknüpfen und vor allem im städtischen Kleinbürgertum erhebliche Stimmengewinne erzielen.

Die nationalsozialistische Propaganda konnte an folgenden Punkten ansetzen:

- Die Anzahl der Bezieher niedrigster Einkommen war in den lauenburgischen Städten im Vergleich zur Provinz und zum Reich deutlich größer.
- Der prozentuale Anteil von Personen aus der zweithöchsten Einkommensgruppe lag in Mölln deutlich über dem Durchschnitt.
- Nach der wirtschaftlichen Erholung der Gewerbetreibenden in den zwanziger Jahren lagen ihre Einkommensverluste in der Zeit der erneuten Wirtschaftskrise deutlich über dem Provinzdurchschnitt.

Die *„Eroberung“* der Landbevölkerung gelang der NSDAP vor allem durch die Übernahme der Führung des lauenburgischen Land- und Bauernbundes. Bei der Wahl zum preußischen Landtag im April 1932 übertraf die prozentuale

4 Hansjörg Zimmermann: Das Wagnis Demokratie, in: William Boehart (Hrsg.): Zwischen Stillstand und Wandel: der besondere Weg des Kreises Herzogtum Lauenburg in die Moderne. Schwarzenbek 2001, S. 46-62, hier S. 53.

Politische und Rassistische Verfolgung im Kreis Herzogtum Lauenburg 1933 bis 1945

von
HEINZ BOHLMANN

Einleitung

Die Verfolgung von Menschen aus rassistisch-ideologischen und politischen Motiven ist eines der zentralen Themenfelder bei der Erforschung der Zeit des Nationalsozialismus. Während die politische Verfolgung alle Personen umfaßte, die direkte oder auch nur vermeintliche Gegner der Nationalsozialisten und ihrer Ideologie waren, ist die nationalsozialistische Rassenpolitik als inhaltliche Rechtfertigung für die Vernichtung von Millionen von Menschen wesentlich komplexer in ihrem theoretischen Überbau. "Auslese" und "Ausmerze" waren die Leitbegriffe, die der Legitimation für die Vernichtung der Juden sowie der Maßnahmen gegen jedes sogenannte "lebensunwerte Leben" überhaupt dienten. Dieses umfaßte in der NS-Ideologie letztendlich jedes Leben, das als Inbegriff des "Verworfenen" und als Gegenbild des idealisierten "arischen" Menschen erschien: Das "Schwache", "Asoziale", "Erbkranke", "Unnütze", "Verachtete", "Rassefremde". Bereits 1929 hatte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag erklärt: *"Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700.000 - 800.000 der Schwächsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis vielleicht sogar eine Kräftesteigerung sein."*¹

Diese Visionen der Vernichtung von Leben zum Zwecke der "biologischen Höherzüchtung" der "arischen Rasse" wurden dann systematisch in grausamster und zunehmend perfektionierter Art und Weise in den Konzentrationslagern in die Wirklichkeit umgesetzt.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, einen Überblick über Art und Umfang der politischen und rassistischen Verfolgung von Menschen im Kreis Herzogtum Lauenburg zwischen 1933 und 1945 zu vermitteln. Im Vordergrund steht dabei die Fragestellung, ob und in welcher Form und Konsequenz es den Nationalsozialisten hier in der Provinz gelang, ihre Terrorherrschaft auch durch die Verfolgung von Menschen zu etablieren und durchzusetzen. Nach einer kurzen Übersicht über die formalen Grundlagen für die Verfolgung ab 1933 werden nacheinander die politische und die rassistische Verfolgung im Kreis Herzogtum

1 Völkischer Beobachter, Bayernausgabe vom 7.8.1929, zitiert nach K. Döring: Nationalsozialismus und Lebensvernichtung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZG), Bd. 15 (1967), S. 131.

Lauenburg thematisiert. Abschließend soll der Spur nach einem möglichen individuellen oder breiter angelegten Widerstand aus der Bevölkerung nachgegangen werden.

Durch die Einrichtung weiterer kommunaler Archive im Lauenburgischen seit Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind mittlerweile mehrere Monographien und Aufsätze zur NS-Zeit im Kreis Herzogtum Lauenburg veröffentlicht worden. Dabei wurde im wesentlichen die Entwicklung der Städte im südlichen Teil des Kreises (Geesthacht, Lauenburg/Elbe und Schwarzenbek) umfassender erforscht.² Mölln und Ratzeburg sind zu dieser Thematik in Ansätzen aufgearbeitet worden. Eine größere Forschungslücke besteht jedoch noch immer für die ländlichen Gemeinden, obwohl die Zugänglichkeit der Quellen durch die Einrichtung von neun Amtsarchiven bei insgesamt elf Ämtern im Kreis Herzogtum Lauenburg mittlerweile gewährleistet ist.

Die formalen Grundlagen der Verfolgung

Um die Ereignisse im Kreis Herzogtum Lauenburg in den Zusammenhang der globalen Entwicklung in Deutschland zu stellen, sollen an dieser Stelle die wichtigsten legislativen und exekutiven Maßnahmen der Nationalsozialisten nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 skizziert werden.

Am 1. Februar 1933 löste Hitler den Reichstag auf, um Neuwahlen am 5. März zu ermöglichen. Bereits am 4. Februar 1933 wurden mit der *„Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes“* die Grundrechte, die Presse- und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Nach dem Brand des Reichstags am 27. Februar folgte die Verhängung des Ausnahmezustands. Es begann die Zerschlagung der SPD und der KPD.

In der Folgezeit wurde die Verordnung gegen alle Gegner des Regimes angewendet. Der Rechtsstaat und die Demokratie der Weimarer Republik waren damit endgültig am Ende. Der Historiker Walther Hofer hat die Verordnung vom 4. Februar 1933 als die *„Verfassungsurkunde des Dritten Reiches“* bezeichnet.³

In Geesthacht wurde die Verordnung erstmals am 2. März 1933 angewendet, um Hausdurchsuchungen bei aktiven Kommunisten durchzuführen.⁴

2 Dazu gehören u.a. William Boehart: Schwarzenbek 1870 - 1950. Ein Beitrag zur Geschichte einer lauenburgischen Landgemeinde zwischen Dorf und Stadt. Schwarzenbek März 1990. - Heinz Bohlmann: Die Entwicklung der politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen in Geesthacht und Lauenburg/Elbe 1930-1950. Zwei norddeutsche Kleinstädte zwischen Diktatur und Demokratie. Phil. Diss. Hamburg 1996.

3 Walther Hofer: Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: Otto Brandt, Oskar Meyer, Leo Just (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Geschichte IV/2. Konstanz 1960, S. 18.

4 Heinz Bohlmann. Fäuste – Führer – Flüchtlingstrecks. Ein Beitrag zur Geschichte der Städte Geesthacht und Lauenburg/Elbe 1930-1950. Schwarzenbek 1990, S. 61.

Zwischen Demokratie und Diktatur

Die Haltung der mecklenburgischen Großgrundbesitzer zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus

von
MARIO NIEMANN

I

Die Position der marxistischen Geschichtswissenschaft zum Verhältnis der Großgrundbesitzer¹ zu Demokratie und Diktatur war einseitig, undifferenziert und wurde gebetsmühlenartig vorgebracht: *„Die Großgrundbesitzer erwiesen sich als aktive Förderer und Wegbereiter der faschistischen NSDAP. Sie brachten diese an die Macht, um selbst wiederum unter Hitler entscheidende Positionen in der staatlichen Verwaltung, im Heer und in der Hitlerpartei nebst ihren Gliederungen einzunehmen und diese in ihrem Klasseninteresse auszunutzen.“*²

Eine derart pauschale Sichtweise kann nicht befriedigen. Die starke ideologische Verbrämung ist offensichtlich und diente eindeutig zur theoretischen Fundamentierung der im Herbst 1945 durchgeführten Enteignung, also der wirtschaftlichen und politischen Entmachtung des Großgrundbesitzes.³ Im Artikel I der Verordnung über die Bodenreform der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern hatte es hierzu geheißen, sie solle *„der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer ein Ende bereiten, da diese Herrschaft immer ein Hauptpfeiler der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande und eine Hauptquelle der Aggression und der Eroberungskriege war“*.⁴

Aber auch westdeutsche Publikationen gingen mit den Großgrundbesitzern hart ins Gericht. Es war hier von *„moralische(r) Nihilisierung“* und von *„Helfersdienste(n) bei der Heraufbeschwörung der deutschen Katastrophe“* die Rede.⁵

1 Der Großgrundbesitz umfaßt hier die Gruppe der Gutseigentümer und der Domänenpächter mit landwirtschaftlichen Betrieben einer Größe von mindestens 100 ha Betriebsfläche. Diese Definition folgt zum einen den Erfassungen in den Statistiken des Deutschen Reichs, zum anderen der Bodenreform, im Rahmen derer ausnahmslos alle landwirtschaftlichen Betriebe ab 100 ha enteignet wurden.

2 Martin Polzin: Zur ökonomischen und politischen Rolle der mecklenburgischen Großgrundbesitzer in der Periode von 1918 bis 1945, in: 20 Jahre demokratische Bodenreform. Rostock 1965, S. 36 f.

3 Vgl. auch Siegfried Stein: Der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der KPD um die Durchführung der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg (Mai 1945 bis Dezember 1945). Phil. Diss. Berlin 1961.

4 Verordnung Nr. 19 über die Bodenreform, in: Amtsblatt der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 1, 1946, S. 14.

5 Hans Rosenberg: Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte. Königstein/Ts., Düsseldorf 1981, S. 308.

Es scheint daher zweckmäßig und wissenschaftlich fruchtbar, eine auf umfangreichen Quellenstudien fußende Untersuchung der politischen Haltung mecklenburgischer Gutsbesitzer und Domänenpächter während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus zu unternehmen.⁶

II

Dem politischen Verhalten des Großgrundbesitzes gegenüber der Weimarer Republik und dem Dritten Reich lagen nach Volkmann drei bewußtseinsphänomenologische Momente zugrunde: Erstens die fehlende Akzeptanz des Ausgangs des ersten Weltkrieges und des Vertrages von Versailles, zweitens die Feststellung, ihrer Funktion als staats- und gesellschaftstragende Schicht verlustig gegangen zu sein, und drittens das Eingeständnis, die Agrarkrise nicht aus eigener Kraft bewältigen zu können. *„Ihr politisches Psychogramm wies also die Erschütterung ihres politisch-sozialen Rollen- und ihres ökonomischen Selbstverständnisses aus.“*⁷

Dabei wog der Verlust der bis 1918 innegehabten Stellung sehr schwer. Der 9. November 1918 war *„der Tag der Revolution und damit der Tag des furchtbarsten Schimpfes und der Schande“*.⁸ Viele Großgrundbesitzer verweigerten dann auch *„die Einreihung in die Republik und eine positive Beteiligung an der Konsolidierung der improvisierten parlamentarischen Demokratie“*.⁹ Sie gewannen zur Weimarer Republik, so Görlitz, *„kein inneres Verhältnis“*.¹⁰ Dies traf auch für mecklenburgi-

6 Neben Beständen des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs (MLHA) Schwerin ist hier vor allem das Bundesarchiv (BArch) Berlin zu nennen, dessen Bestand „Berlin Document Center“ (BDC) jahrzehntelang kaum einzusehen war und viele wertvolle Informationen erbrachte. Erstmals konnten zudem in größerem Umfang Zeitzugenerichte aus den Reihen früherer mecklenburgischer Großgrundbesitzer ausgewertet werden. Der vorliegende Text stützt sich ganz wesentlich auf zwei Publikationen des Verfassers. Neben der Dissertation: Mario Niemann: Mecklenburgischer Großgrundbesitz im Dritten Reich. Soziale Struktur, wirtschaftliche Stellung und politische Bedeutung, Köln, Weimar, Wien 2000 (Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 116). ist hier folgender Aufsatz zu nennen: Ders.: Die Stellung der mecklenburgischen Großgrundbesitzer zum Nationalsozialismus und zur Mitgliedschaft in der NSDAP, in: Ernst Münch, Ralph Schattkowsky (Hrsg.): Festschrift für Gerhard Heitz zum 75. Geburtstag, Rostock 2000 (Studien zur ostelbischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1), S. 309-335.

7 Hans-Erich Volkmann: Deutsche Agrareliten auf Revisions- und Expansionskurs, in: Martin Broszat, Klaus Schwabe (Hrsg.): Die deutschen Eliten und der Weg in den zweiten Weltkrieg. München 1989, S. 335.

8 So Andreas von Bernstorff, Bruder von Hermann von Bernstorff-Wedendorf, einem der begütertsten mecklenburgischen Großgrundbesitzer, in seinem Tagebuch 1921. Zit. nach Eckart Conze: Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert. Stuttgart, München 2000, S. 159.

9 Rosenberg, Pseudodemokratisierung, S. 304.

10 Walter Görlitz: Die Junker. Limburg/Lahn 1981, S. 353.

Der ‚Reichseinsatz‘ in der Heide

Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter im Regierungsbezirk Lüneburg 1939-1945

von
NILS KÖHLER

Einführung

Im Sommer 1944 arbeiteten fast sechs Millionen zivile ausländische Arbeiter und rund zwei Millionen Kriegsgefangene aus 26 europäischen Ländern im Deutschen Reich.¹ Wie in alle Teile des Reiches, so wurden Kriegsgefangene und Zivilarbeiter aus vielen europäischen Staaten während des Zweiten Weltkrieges zum ‚Reichseinsatz‘ auch in die Region zwischen Aller und Elbe, die Lüneburger Heide, transportiert, weil die deutsche Wirtschaft von ihrer Arbeitskraft abhängig war. Die sogenannten ‚Fremdarbeiter‘ und Kriegsgefangenen prägten das Bild des Alltags auch in dieser ländlichen Gegend, in der sonst zunächst scheinbar wenig vom Krieg zu spüren war. Im Rahmen meiner Dissertation unter dem Arbeitstitel „Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in der Lüneburger Heide 1939-1945“ beschäftige ich mich mit dem Schicksal dieser Menschen. Die Untersuchung behandelt ein Gebiet, das damals sechs Landkreise und zwei Stadtkreise umfaßte. Die Untersuchungsregion besteht aus den alten Landkreisen Celle, Fallingbostal, Lüneburg, Soltau, Uelzen und Harburg und den damals kreisfreien Städten Celle und Lüneburg. Kennzeichnend für die Landschaft war die sehr geringe Bevölkerungsdichte. Die Kreise, die in der Arbeit untersucht werden sollen, bildeten 1939 das am dünnsten besiedelte Territorium in Niedersachsen überhaupt.² Die Region war stark land- und forstwirtschaftlich geprägt. Im Rahmen der Aufrüstung Deutschlands nach 1933 siedelten sich zahlreiche Rüstungsbetriebe in der Heide an. Sie folgten dem Militär, dem die einsame Gegend für seine Zwecke sehr entgegen kam. Neben dem bereits bestehenden Truppenübungsplatz Munster entstand ab 1936 das Übungsgebiet Bergen-Hohne, für das zahlreiche Dörfer weichen mußten. In Unterlüß lag der Schießplatz der Rheinmetall-Borsig Werke, einem der wichtigsten deutschen Rüstungskonzerne. Eine große Anzahl von Munitionsfabriken bildete nun den wichtigsten Industriezweig. Kleine Heidedörfer wie Unterlüß und Hambühren im Kreis Celle oder Benefeld-Bomlitz im Kreis Fallingbostal wuchsen zu Industriesiedlungen heran und bildeten einen Kontrast zum agrarisch dominierten Umland. Diese besondere Struktur einer

1 Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991, S. 7 f.

2 Gustav Uelschen: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961. Hannover 1966, S. 81 ff.

dünn besiedelten ländlichen Region mit wichtigen Rüstungsbetrieben zeichnete das Untersuchungsgebiet aus. Daher orientiert sich die geographische Abgrenzung nicht an den Grenzen des alten Regierungsbezirks Lüneburg. Dieser umfaßte – außer den genannten Landkreisen – den Kreis Gifhorn, in dem das Volkswagenwerk in Wolfsburg lag, den Kreis Burgdorf und den Kreis Lüchow-Dannenberg, die sich jeweils in ihrer Struktur von der Heideregion unterscheiden. Alle genannten Kreise gehörten zum preußischen Regierungsbezirk Lüneburg und zum Gau Osthannover. Die naturräumlichen, wirtschaftlichen, verwaltungstechnischen und politischen Bedingungen aller Kreise in dieser Region waren also ähnlich oder identisch. Dieser Hintergrund erlaubt eine gemeinsame Betrachtung der Landkreise und kreisfreien Städte. Durch diese Herangehensweise kann auf eine viel breitere schriftliche Überlieferung zurückgegriffen werden, als es bei der Untersuchung eines einzelnen Kreises möglich ist. Daneben können die speziellen Ausformungen des Arbeitseinsatzes in der Rüstungsindustrie und in der Landwirtschaft verglichen werden.

Quellen zum Thema Zwangsarbeit

Die Meldeunterlagen der örtlichen Einwohnermeldeämter bilden eine wichtige Grundlage, um den Umfang der Ausländerbeschäftigung während des Zweiten Weltkrieges in der Region feststellen zu können. In zahlreichen Städten und Gemeinden sind die Meldekarten der Ausländer noch vorhanden, teilweise aber bisher nicht in die Archive überführt worden. Im Jahre 1946 hatten die Gemeinden im Rahmen einer alliierten Suchaktion Listen mit den Namen aller dort seit 1939 gemeldet gewesenen Ausländern zu erstellen. Aber nur in wenigen kommunalen Archiven sind Duplikate dieser Listen erhalten. Eine große Anzahl von Originalen lagert – nach Landkreisen geordnet – beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen. Aber auch diese Überlieferung ist bei weitem nicht vollständig. So gestaltet sich nicht nur der Nachweis des Aufenthaltes für viele ehemalige Zwangsarbeiter schwierig, sondern auch für den Forscher ist die Rekonstruktion des Arbeitseinsatzes nicht einfach. Für die Ebene der Arbeitsamtsbezirke liegen Statistiken vor, die in der Zeitschrift „Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich“ von 1940 bis 1944 veröffentlicht wurden. Diese Erhebungen basieren auf den Arbeitsbuchkarteien der Arbeitsämter. Um Angaben über einzelne Landkreise oder Städte machen zu können, ist man auf die Lageberichte der Landräte und Oberbürgermeister angewiesen. Diese ließen sich regelmäßig von den örtlichen Arbeitsämtern Bericht erstatten und meldeten die detaillierten Zahlen vierteljährlich, zeitweise sogar monatlich an den Regierungspräsidenten. Diese Lageberichte sind für einige Kreise nur fragmentarisch überliefert. Um ein genaueres Bild von den Lebensumständen der ‚Fremdarbeiter‘ zu erhalten, müssen viele kleine Quellenfunde unterschiedlichster Provenienz zusammengefügt werden. Einerseits ist die Überlieferung nur fragmentarisch, andererseits war eine ganze Reihe von Behörden und Organisationen mit

„Wie ich gesprächsweise in Erfahrung gebracht habe“

Überlegungen zu Gerüchten, Anzeigen und Denunziation in einer ländlichen Region in Nordwestdeutschland

von
STEPHANIE ABKE

Denunziation im Nationalsozialismus

Die Verfolgung, Verhaftung und Vernichtung politischer Gegner und insbesondere die Durchsetzung nationalsozialistischer Rassepolitik basierte zu einem nicht zu unterschätzenden Teil auf Denunziationen aus der Bevölkerung. Zumindest in der neueren historischen Forschung zum Nationalsozialismus ist dieser Befund inzwischen unumstritten. So konnte der kanadische Historiker Robert Gellately zum Beispiel nachweisen, daß die Gestapo aufgrund ihrer relativ geringfügigen personellen Recourcen geradezu auf freiwillige private Zuträgerschaft angewiesen war.¹

Diese Thematisierung von Denunziation, sozusagen als ein Abfallprodukt der NS-Forschung, hat schließlich 1998 dazu geführt, im Rahmen eines an der Universität Bremen angesiedelten Projektes mit einer systematischen Bearbeitung dieses Themas zu beginnen. Dabei wurde gleichsam davon ausgegangen, daß unterschiedliche politische Systeme die latent in jeder Gesellschaft vorhandene Denunziationsbereitschaft fördern oder aber auch unterdrücken können, weshalb der Untersuchungszeitraum über die nicht nur politische Zäsur von 1945 hinaus in die beiden deutschen Nachfolgesellschaften ausgedehnt worden ist. Im folgenden werde ich mich jedoch ausschließlich auf die Zeit des Nationalsozialismus konzentrieren.²

1 Robert Gellately: *The Gestapo and German Society. Enforcing Race Policy 1933-1945*. Oxford 1990. - Ders.: *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945*. Paderborn 1993. - Vgl. außerdem Günter Jerouschek (u.a.): *Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte*. Tübingen 1997. - Inge MarBolek: *Die Denunziantin. Die Geschichte der Helene Schwärzel 1944-1947*. Bremen o.J. - Gisela Diewald-Kerkmann: *Denunziation oder die kleine Macht der „Volksgenossen“*. Bonn 1995. - Friso Ross, Achim Landwehr (Hrsg.): *Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens*, Tübingen 2000.

2 Das von der VW-Stiftung geförderte Projekt „Denunziation in Deutschland. Verhalten, rechtliche Normen und staatliche Regulierung im Vergleich“ unter der Leitung von Prof. Dr. Inge MarBolek untersucht Denunziationsverhalten und Denunziationsmuster am Beispiel der Regionen Osnabrück und Stade in Nordwestdeutschland sowie Weimar und Rudolstadt in Thüringen. Die diesem Beitrag zugrunde liegenden Arbeitshypothesen sind im Rahmen des Projektes und meines Dissertationsvorhabens entstanden, das sich mit Denunziation in drei länd-

Bereits kurz nach der Machtübernahme durch die NSDAP wurde dem Erfordernis privater Mitarbeit zur Herrschaftsstabilisierung durch entsprechende Erlasse und Bekanntmachungen Rechnung getragen: Beispielsweise gab Rudolf Heß im April 1934 öffentlich bekannt, daß sich jeder Volksgenosse mit seinen Sorgen, Nöten und Beschwerden an ihn selbst oder den Führer wenden könne.³ Und kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs schlug Reinhard Heydrich die Bildung eines sogenannten Volksmeldedienstes vor, wonach jeder Volksgenosse verpflichtet gewesen wäre, Vorgänge, die nach dem „gesunden Volksempfinden“ geeignet gewesen wären, die Geschlossenheit und den Kampfwillen des deutschen Volkes zu zerschlagen, anzuzeigen.⁴

Wegen allgemeiner Bedenken und möglicherweise im Bewußtsein der destabilisierenden Wirkung, die eine unkontrollierte Denunziationsflut für staatliche und juristische Stellen nach sich gezogen hätte, wurde dieser Vorschlag allerdings abgelehnt: Befürchtete man einerseits eine übermäßige Instrumentalisierung staatlicher Instanzen für persönliche Interessen, so wurde weiter ins Feld geführt, daß durch leichtfertige und wahllose Anzeigen die Volksgemeinschaft in Verwirrung gebracht und der Kampfgeist geschwächt werden könnte. Außerdem hatten die bisherigen Erfahrungen in der Verfolgungspraxis gezeigt, daß ein Volksmeldedienst schlichtweg überflüssig war: Die Bereitschaft zur freiwilligen Anzeige war so groß, daß es entsprechender Verordnungen kaum bedurfte.

Es ist also wenig verwunderlich, daß derartige Bekanntmachungen zusammen mit der zunehmenden Kriminalisierung weiter Alltagsbereiche durch entsprechende Gesetze und Verordnungen nicht unerheblich dazu beigetragen haben, die Hemmschwelle zur Denunziation erheblich zu senken. Damit ist bereits angedeutet, daß der Untersuchungsgegenstand jenseits eines Konzeptes von Basis und Überbau im Spannungsfeld sozialer Beziehungen sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch zwischen Staat und Gesellschaft anzusiedeln ist. Es geht also darum, eben jenen Machttechniken und Transformationsprozessen nachzuspüren, von denen die zu beobachtenden Denunziationsmuster und Verhaltensweisen beeinflusst wurden und die diese ihrerseits verstärkt oder neu bewirkt haben. Der Fokus ist demnach nicht nur auf Denunziation zu richten, sondern gleichfalls auf den jeweiligen historischen Kontext und das entsprechende soziale und kommunikative Umfeld.

Bei meinen bisherigen Nachforschungen über die überwiegend ländlich-agrarisch geprägte Gesellschaft im Regierungsbezirk Stade bin ich darauf gestoßen, daß Anzeigen und Denunziationen oftmals von Gerüchten umgeben oder begleitet worden sind, was schließlich den Anlaß dazu gegeben hat, diesen

lich-agrarisch dominierten Landkreisen im Regierungsbezirk Stade befaßt und voraussichtlich Anfang 2002 zum Abschluß gelangen wird.

3 Diewald-Kerkmann, Denunziation, S. 66.

4 Die Diskussion ist im BA Berlin, R 43/1264a und R 58/825 eingehend dokumentiert; im „Schulungsbrief“ der NSDAP hatte Heydrich im Juni 1939 außerdem den Aufsatz „Der Volksmeldedienst. Die Mobilmachung gegen Verrat und Denunziation“ veröffentlicht.

Die letzte „Reichsregierung“ in Flensburg-Mürwik

Karl Dönitz und das Ende des „Dritten Reiches“ im Mai 1945

von
JÖRG HILLMANN

Vorbemerkung

Das XIV. Kolloquium der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur hat sich mit der Themenstellung auch zur Aufgabe gemacht, die Nachbarregionen während des Aufstieges und der Herrschaft der Nationalsozialisten und die daraus resultierenden Folgen zu betrachten. Das Kriegsende im Mai 1945 bildete für das heutige Bundesland Schleswig-Holstein einen denkwürdigen Einschnitt. Hier endete das „Dritte Reich“ mit der letzten „Reichshauptstadt“ Flensburg. Das sog. „Loch“ zwischen Lübeck und Lauenburg wurde für zahlreiche Kriegsflüchtlinge aus den Ostgebieten zur letzten Möglichkeit, die Westsektoren zu erreichen. Der heutige Kreis Herzogtum Lauenburg spielt damit in zahlreichen deutschen Biographien eine zentrale Rolle im Zuge des sich anschließenden Neubeginns. Tausende Flüchtlinge erlebten im Norden der heutigen Bundesrepublik Deutschland das Ende des „Dritten Reiches“ und machten sich von dort aus auf, den Neuaufbau und den Neubeginn der späteren Bundesrepublik Deutschland zu gestalten.

Für den Kreis Herzogtum Lauenburg erfährt die hier behandelte Thematik eine besondere Relevanz dadurch, daß der testamentarisch festgelegte Nachfolger Adolf Hitlers als Reichspräsident, Großadmiral Karl Dönitz, bis zum 24. Dezember 1980 in Aumühle bei Hamburg gelebt hat und dort auch beerdigt wurde.¹ Für viele Angehörige der ehemaligen Kriegsmarine bekam Aumühle „Pilgerortscharakter“.

1 Der hier vorgelegte Aufsatz stellt die Ergebnisse eines Vortrages mit dem Titel: 'Die „Reichsregierung“ in Flensburg', gehalten während eines Workshops im November 2000 in Potsdam, veranstaltet vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Zusammenarbeit mit dem Wehrgeschichtlichen Ausbildungszentrum der Marineschule Mürwik, Flensburg sowie eines Vortrages – mit dem Titel dieses Aufsatzes –, der während des XIV. Kolloquiums der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaft und Kultur in Mölln im April 2001 gehalten wurde, in der erweiterten Form dar, welche zugleich die Grundlage meines Abschiedsvortrages am 21. September 2001 im Wehrgeschichtlichen Ausbildungszentrum der Marineschule Mürwik, Flensburg bot. – Der Beitrag ist in verkürzter Form unter dem Titel: 'Die „Reichsregierung“ in Flensburg' bereits erschienen in: Kriegsende 1945 in Deutschland, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Jörg Hillmann und John Zimmermann. München 2002 (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 55), S. 35-65. – Für zahlreiche Anregungen und wertvolle Gespräche danke ich besonders meinem Kollegen Dr. Dieter Hartwig aus Kiel.

Einleitung

Im Rahmen einer Grundsanierung der im Flensburger Stadtteil Mürwik seit 1910 angesiedelten Marineschule wird derzeit auch über die Modernisierung und den Innenausbau der Mitte der dreißiger Jahre erbauten ehemaligen Marinesportschule diskutiert. Die äußere Hülle des heute zum Areal der Marineschule gehörenden, und von derselben genutzten Sportschule (Abb. 10, S. 190) soll erhalten bleiben – im Inneren sollen Unterkünfte moderner Art entstehen. Die untere Denkmalbehörde war es, welche 1999 die Frage stellte, inwieweit diejenigen Räume, in denen Großadmiral Dönitz im Mai 1945 als testamentarisch von Hitler benannter Reichspräsidentennachfolger Dienst leistete, besonders schützens- und damit erhaltenswert seien.²

Die Räumlichkeiten werden zur Zeit als Unterkünfte genutzt. Der stark abgenutzte Holzboden ist erneuerungsbedürftig, die Fenster wurden bereits mehrfach abgedichtet, die Wände verdienen einen neuen Anstrich. Das Liegeschäftsgerät der Bundeswehr weist auf die Nutzung hin. Zwei Räume allerdings unterscheiden sich von den übrigen; sie sind miteinander durch eine Tür verbunden. Diese „Vorzimmersituation“ macht es erklärbar, warum Dönitz wohl diese Räume genutzt haben mag. Am Ende des Ganges im ersten Obergeschoss stößt man auf einen größeren Raum, den ehemaligen Kabinetts-„Saal“.³

Auf der Suche nach Bilddokumenten aus jener Zeit wird man enttäuscht – lediglich die mündlich überlieferten Hinweise des Adjutanten Walter Lüdde-Neurath bleiben, der davon berichtet hat, daß das Gebäude für die Reichsregierung von dem letzten Schulkommandeur der Marineschule Mürwik, Kapitän zur See Wolfgang Lüth, eiligst mit dem Notdürftigsten hergerichtet worden sei, damit die „Geschäftsführende Reichsregierung“ in Flensburg-Mürwik arbeitsfähig werden konnte. Albert Speer hat dies bestätigt.⁴

Die Marinesportschule bot der „geschäftsführenden Reichsregierung“ vom 3. bis zum 23. Mai Dienstzimmer-Quartier. Unterkünfte wurden zumeist auf dem zum Wohnschiff umgebauten Passagierdampfer PATRIA bezogen, welches im Flensburger Marinestützpunkt lag (Abb. 11, S. 191).

In verdienstvoller Weise ist es Marlies Steinert 1967 gelungen, ein Bild der letzten 23 Tage zu zeichnen,⁵ nachdem Reimer Hansen bereits ein Jahr zuvor eine

2 Marineschule Mürwik, Wehrgeschichtliches Ausbildungszentrum, Archiv, Bauakten betr. Umbau Marinesportschule.

3 Jörg Duppler: Mürwik als Sitz der letzten Reichsregierung, in: Dieter Matthei (Hrsg.): Marineschule Mürwik. 2. überarb. Auflage, Herford 1985, S. 51-61, hier S. 53.

4 Albert Speer: Erinnerungen. Frankfurt am Main, Berlin 1969, S. 500. – Ansatzweise auch erwähnt bei: Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches. Mit einem umfangreichen Dokumentenanhang und dem „Dönitz-Tagebuch“. 5. wesentlich erw. Auflage, Leoni 1981, S. 64.

5 Marlies G. Steinert: Die 23 Tage der Regierung Dönitz. Düsseldorf/ Wien 1967.